

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Renate Blank, Dr. Dionys Jobst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ekkehard Gries, Horst Friedrich, Roland Kohn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
— Drucksachen 12/6147, 12/6367 —

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Binnenschiffahrtsgesetzes

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Die Binnenschiffahrt ist ein umweltfreundlicher, sicherer Verkehrsträger; sie soll bei der Bewältigung des Wachstums im Güterverkehr unter Einsatz ihrer freien Kapazitäten an Bedeutung gewinnen.
- Die Bundesverkehrswegeplanung sowie der Ausbau der Terminals des Kombinierten Verkehrs unter Einbeziehung von Binnenhäfen sollen der zunehmenden Bedeutung der Binnenschiffahrt Rechnung tragen.
- Die Unternehmen der Binnenschiffahrt befinden sich gegenwärtig jedoch in einer konjunkturell wie strukturell schwierigen wirtschaftlichen Lage, die bis zur Existenzgefährdung führen kann.

2. Zur Verbesserung der Wettbewerbssituation der deutschen Binnenschiffahrt fordert der Deutsche Bundestag deshalb die Bundesregierung auf,

- mit Nachdruck auf die sofortige Beseitigung des sogenannten Tour-de-Rôle-Systems in den Niederlanden, Belgien und Frankreich hinzuwirken, erforderlichenfalls im Wege einer Klage;
- gegenüber Ministerrat und EG-Kommission darauf zu drängen und darüber zu verhandeln, daß die Übergangsfrist für die Freigabe der Kabotage in Deutschland bis zur Beseitigung des Tour-de-Rôle-Systems verlängert wird;

- darauf hinzuwirken, daß die EG-Abwrackaktion verlängert und verbessert wird;
- die Liberalisierung des Marktzuganges und der Preise im Binnenschiffsverkehr mit den mittel- und osteuropäischen Ländern bis zur Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen abzulehnen;
- die bilateralen Binnenschiffahrtsverträge mit diesen Ländern wirksamer zu überwachen und vereinbarte Tarife und Ladungsquoten durchzusetzen;
- Lade- und Löschzeiten sowie die Höhe der Liegegelder festzulegen;
- darauf hinzuwirken, daß entsprechend den Regelungen im Straßengüterverkehr Krisenklauseln auch für die Binnenschifffahrt in das EG-Recht aufgenommen werden.

Der Deutsche Bundestag fordert darüber hinaus die Bundesregierung auf, festzustellen, ob und in welchem Umfang die deutsche Binnenschifffahrt aufgrund sozialer und fiskalischer Belastungen im Wettbewerb zu den übrigen Binnenschiffahrtsländern der EU benachteiligt ist, und Maßnahmen auch im nationalen Bereich zum Abbau solcher wettbewerbsverzerrenden Nachteile zu ergreifen.

Bonn, den 8. Dezember 1993

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion